



Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. November 2023, 9:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Antrag 1.14 (Seite 49): (Re-)Inklusion von Menschen mit psychischen und seelischen Erkrankungen/Behinderungen in den Arbeitsmarkt der Stadt und ihrer Gesellschaften (SPD)
Vorlage: DHH/2023/1102

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (13 JA, 40 Nein)

Der Vorsitzende: Wir kommen damit auf der Seite 49 zu einem Antrag der SPD. Re-Inklusion von Menschen mit psychischen und seelischen Erkrankungen in den Arbeitsmarkt.

Stadtrat Fechler (SPD): Stellenschaffungen sind in öffentlichen Haushalten grundsätzlich etwas Schwieriges, gerade in angespannten Haushaltszeiten. Jeder von uns kennt Menschen mit psychischen, seelischen Erkrankungen, Behinderung, sei es im privaten Kontext oder im beruflichen Kontext. Wenn nicht ein öffentlicher Arbeitgeber, wer dann kann Menschen mit solchen Funktionseinschränkung wieder in den Arbeitsmarkt integrieren? Leider ist es bei Menschen mit psychischen, seelischen Erkrankungen, Behinderung nicht, in Anführungszeichen, so einfach wie bei Menschen mit körperlichen Behinderung. Hier können die Funktionseinschränkungen durch technische Hilfsmittel überbrückt werden, sei es die Rampe, um dem Rollstuhlfahrer, der Rollstuhlfahrerin den Zugang zu ermöglichen. Hier bedarf es eines Mehr an Initiativen. Hier geht es darum, durch eine Projektstelle Menschen mit psychischen, seelischen Erkrankungen, Behinderung die Möglichkeit zu geben, wieder in den Arbeitsmarkt zu finden. Hier geht es darum, qualitativen und quantitativen Einschränkungen Rechnung zu tragen. Und eine Projektstelle kann durchaus hilfreich sein. Es geht nicht nur um die Inklusion dieser Personengruppe, sondern es geht auch darum, Expertise in der Verwaltung zu halten. Es sind zum Teil wirklich hochqualifizierte Menschen. Es kann die Architektin sein im HGW. Es kann der Ingenieur an sonstiger Stelle sein, aber es kann natürlich auch der/die Sachbearbeiterin sein. In diesem Sinne halten wir trotz der schwierigen Haushaltslage diese Stelle für unabdingbar.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es fällt oft schwer, auch gerade im Sozialbereich manche Anträge abzulehnen, auch wenn sie zunächst sinnvoll und gut wären. Aber die Haushaltslage lässt nur zu, dass wir auch eine Priorisierung in unseren Anträgen und unseren Zustimmungen machen. Die Stadt Karlsruhe tut bereits einiges, um diesen Menschen in der Stadtverwaltung zu helfen, sowohl bei einer Regio-Inklusion, das heißt auch nach Krankheit wird die Wiedereingliederung durchgeführt, als auch; es gibt schon drei Vollzeit-Planstellen für junge Erwachsene mit wesentlicher seelischer Beeinträchtigung, die entsprechend auch mit einem Coaching ausgestattet sind, um ihnen die Möglichkeit der Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen. Wir glauben, dass hier schon einiges erreicht ist, und wir lehnen deshalb, weil wir keine neue Stellenschaffung möchten, diesen Antrag ab.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der SPD. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.